

Tätigkeitsbericht der GEST für das Schuljahr 2015/2016

Sich wiederholende Themen, die in den Sitzungen besprochen wurden:

- Unterrichtsversorgung / LehrerInnen-Defizit einzelner Schulen
- Unterrichtsausfall durch Krankheit
- Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, insbesondere die Ausstattung der Schulen mit Schulbüchern
- Räumliche Ausstattung der Schulen
- Schulstruktur – demokratisches Verständnis in den Schulen / Gremien
- Gremienarbeit – Kooperation der LehrerInnen, SchulleiterInnen (Leistungsgruppen), SozialpädagogInnen, des nicht-pädagogischen Personals, der SchülerInnen und Eltern
- Dialog der Schulleitungen mit den Elternräten
- Informationspflicht der Schulleitungen gegenüber den Schulverfassungsgremien
- Schulentwicklung an Stadtteilschulen
- Qualitätsmessung in Schulen
- Mittagsversorgung / Schulkantinen
- Inklusion – Schulbegleitung
- Beschulung der Flüchtlingskinder

Termine von Veranstaltungen und andere wichtige Informationen erhalten die Delegierten auf jeder Sitzung durch eine Tischvorlage und durch mündlichen Vortrag.

Regelmäßige Kontakte der **GEST** mit:

den Landesverbänden der GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) und der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), dem Hamburger Bündnis für schulische Inklusion, der Alles»können-Initiative, der Elternkammer Hamburg, dem Stadtteilschulenausschuss der Elternkammer A-STS, der BSB (Behörde für Schule und Berufsbildung), einzelnen Mitgliedern der Bürgerschaft (Schulenausschuss)

An vielen Veranstaltungen beteiligten sich VertreterInnen der **GEST**. Beispielhaft seien folgende angeführt:

- 18. November 2015, 19.30 Uhr, Reformschule Winterhude, Meerweinstraße 28, 22303 Hamburg: WTR - Winterhuder Gespräch (44), „**Nachdenken über Inklusion**“
- 19. November 2015, 15.30 Uhr, Stadtteilschule Bergedorf, Ladenbeker Weg 13, 21033 Hamburg: **Herbstempfang der Stadtteilschulen**
- 21. November 2015, 10.00 Uhr, Landesinstitut (LI), Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg: Elternkammer Hamburg und LI: „**Schulqualität – was ist das? ... in jedem Fall facettenreich**“, **12. Hamburger Elterntag**. Die **GEST** war mit einem Stand vertreten.

- 12. September 2016, 18.00 Uhr, GGG-Landesverband Hamburg: Öffentliche Mitgliederversammlung: „**Wie weiter mit der Stadtteilschule?**“ – Referentin: Dr. Jenny Tränkmann, Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung, Hamburg

Öffentlichkeitsarbeit:

- **Zeitschriften:** Die **GEST** nutzt auch weiterhin die Möglichkeit, in Veröffentlichungen der GGG und der GEW ihre Arbeit darzustellen und Argumente vorzutragen.
- Die **GEST** stellt ihre Arbeit in **Presseerklärungen** dar und nimmt zu aktuellen Themen Stellung.
- Die **GEST** hält Verbindung zu **Journalisten** aus Presse, Radio und Fernsehen und zu **engagierten Menschen** in den sozialen Netzwerken.
- **Homepage der GEST:** Seit Januar 2000 ist die **GEST** im Internet. Die URL¹: www.ARGE.schule-hamburg.de wird auf dem Laufenden gehalten. Seit Herbst 2010 gibt es die Site www.GEST.schule-hamburg.de mit einem internen Diskussions-**Forum**. Seit 2013 ist die **GEST** bei **Facebook**. Die Seite wird von einem ehemaligen Delegierten betreut.

Die Sitzungen und Ereignisse/Veranstaltungen in zeitlicher Reihenfolge:

- 17.11.15: Einem ausscheidenden **GEST**-Vorstandsmitglied wurde ein Präsent überreicht.
Kassenbericht 14/15: Der **GEST**-Kassenwart und ein Kassenprüfer berichteten. Der Kassenwart wurde entlastet.
Der **Tätigkeitsbericht 14/15** wurde vorgelegt und erörtert. Der Vorstand wurde entlastet.
Eine **Vorstellungsrunde** schloss sich an. Themen: Soziale Verpflichtung der Schule, die **GEST** als freies Gremium, Haltung der Lehrkräfte, Schulessen (Produktionsküchen), Elternmitarbeit, die Stadtteilschule sei die normale Schule, Erfahrungsaustausch (good practice), Inklusion, Neue Medien, Berufs- und Studienorientierung, Imagepflege der STS, Vielfalt fördern, Förderung leistungsstarker Kinder von Anfang an, gute Schüler für STS, Flüchtlinge, STS stärken in der Region, Eltern als Multiplikatoren, Kommunikation unter Eltern, das System Stadtteilschule, Durchlässigkeit, Vergleichbarkeit der gymnasialen Oberstufe, Lehrerbildung, Unterrichtsqualität, Qualität der Schule, Förderung von Neigungen, Delegierte anwerben (Gremium vergrößern), Problem der Grundschulpflicht, auch Schüler ohne einen „Status“ in den Blick nehmen, Nachmittagsbetreuung, Geschichte von ARGE/GEST bewahren, **GEST**-Seminare zu Aktuellem/Grundsätzlichem, Berichte aus den Reformschulen, Schulkonzepte vorstellen.
Ein **Wahlvorstand** wurde bestimmt. Per Liste wurden sechs Delegierte als **GEST-Vorstand** gewählt. Zwei Mitglieder der **GEST** wurden in den Vorstand der **GEST** kooptiert.
Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen: Klassenfahrten. Verkehrsanbindung an die Schule (Ansprechpartner: Bezirksversammlung, HVV, BSB). Jugendhilfeausschuss, Sicherheitsversammlung, Schulsportunfälle.
Nächste Themen: Klassenfahrten, IVK-Schüler im Regelschulbetrieb und Klassenfrequenzen, Hilfe/Sponsoring im Flüchtlingsbereich
Verschiedenes: Tag der Mathematik, Berufsvorbereitungsjahr für Lehrkräfte
- 15.12.15: Hinweis auf ein **Konzert** in der STS Fischbek-Falkenberg.
Berufseingangsjahr: JunglehrerInnen sollten es freiwillig machen, es werde aber nicht auf die Weiterbildung angerechnet. Die **GEST** hat sich einem Protestbrief angeschlossen.
Begabtenförderung an den Stadtteilschulen: Konzepte (für Höchstbegabte), aus einer Broschüre einer STS als Beispiel. Es gebe Vereinbarungen von Hochschule und

¹ URL (Uniform Resource Locator) ist eine Internetadresse, eine eindeutige Anschrift.

Schulbehörde. Schulen hätten Freiräume.

Ansichtsexemplare der **GGG** wurden herumgereicht „**Gemeinsam lernen**“ sowie das **Jahrbuch 2015** der STS Fischbek-Falkenberg.

Individualisierung, einzelne oder systematische Angebote (z.B. drei Fremdsprachen). Die Personaldecke müsse erhöht werden. Vorsicht vor Schubladendenken. Nicht vom Stoff her denken, sondern von den Kindern her. Hochbegabte fänden selbst ihren Weg. Das Zwei-Säulen-System bestehe nicht aus zwei Schichten.

Elterntag: Robert Schneider referierte: Schulen, Schulformen, Elternmitarbeit. Workshops: Wie unterschiedlich aufgestellte Kinder gemeinsam betreuen/unterrichten?

Herbstempfang der Stadtteilschulen: Wolfgang Adam referierte: Schulformen hierarchisch/kollektiv

Rede des Schulsenators: Die Stadtteilschule sei das A und O der Schulformen.

Klassenfahrten (Erfahrungsaustausch): Die geltenden Sätze blieben unverändert. Die Schulen müssten die Fahrten genehmigen. Budgets müssten umgeschichtet werden. Die Elternkammer werde es aufgreifen. Transparenz herstellen mit gemeinsamen schulinternen Regeln.

Aktuelles/Berichte: KESS11 sei veröffentlicht (KERMIT?), Hamburg habe unterdurchschnittlich abgeschnitten (42 Schulen bundesweit). Ansprechpartner für SchülerInnen in den Schulen. Schulbauprobleme, weit entfernte Standorte einer STS, äußere Leistungs-differenzierung ab Jahrgang 8 abschaffen, E- und G-Noten, äußere Leistungs-differenzierung für Mathematik gemäß KMK, aus 2 Klassen entstünden 3 Lerngruppen (3 Lehrer)

Themen: Fächerübergreifender, altersübergreifender Unterricht, Schulen nach außen öffnen und echte Probleme des Alltags bewältigen, Pubertät als Herausforderung, selbstständig ein eigenes Leben führen, Projektarbeit – Teamarbeit, Abiturball (aus den USA importiert), Handreichung der Behörde über die Grundlagen zur Erteilung einer Note, wie wird Vergleichbarkeit garantiert? **Unterrichtsqualität** (Papier der BSB): Quelle weiterer TOPs, Schulinspektion, Modularisierung, Flüchtlinge, Inklusionslehrer, Begabtenförderung

- 12.1.16: **Mitteilungen aus der BSB und Fragen an die BSB**: Die Vertreterin der Schulbehörde stellte. Mehrere Themen waren ihr von der **GEST** vorgeschlagen worden. **Transparenz der Noten** müsse sein, und jede Lehrkraft müsse sie herstellen. Wo sei das geregelt? In der Ausbildungs- und Prüfungsordnung, §10, schriftlich und mündlich. Es sei mit den Eltern zu besprechen. Dort gebe es auch eine E-, G-Noten-Übersicht, zweitens durch die Bildungspläne (www.hamburg.de/bildungsplaene/). Einen Auszug wurde verteilt. Punkt 1.4. sei überall gleich. Leistungsbewertung – schriftliche Lernerfolgskontrollen. Prüfungsarbeiten, besondere Lernaufgaben. Kompetenzorientierung, die Mindestzahl an Lernerfolgskontrollen (oft ein Streitpunkt an den Schulen). Transparenz: Es müsse anhand von Kriterien argumentiert werden. Es gebe „Operatoren“, sie gelten spätestens bei den Abschlussarbeiten, sollten aber frühzeitig verwendet werden. Für beide Ebenen (E und G) müsse es Aufgaben geben, das gelte auch für die Hausaufgaben. Die Schüler müssten diese Aufgaben *kennenlernen*. Das schreibe der Plan vor. Nicht nur in integrierten Systemen sei Durchlässigkeit zu gewährleisten.
- KERMIT** („Kompetenzen ermitteln“): werde nur als Zusammenfassung an die Eltern gegeben. KERMIT umfasse von außen gesetzte Tests. Transparenz werde erreicht durch das Ergebnis einer Klasse. Durch die regelmäßige Erhebung könne eine Entwicklung dargestellt werden. Über das ifbq (Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung) könne man in die Diagnostik hineingehen. Es sei zu verhindern, dass es als Kritik an einzelnen Lehrern zurückgespiegelt wird. Ursachenforschung. KERMIT sei nicht mit Lernerfolgskontrollen vergleichbar. Es seien wissenschaftliche Tests. Was leitet die BSB daraus ab? Die Schulaufsicht führe Statusgespräche, mindestens einmal jährlich. Wie gehen die Schulen damit um? Ziel-Leistungsvereinbarungen seien für die Schulen ein

wichtiges Instrument. Vergleich mit Berufsschulen: Warum falle es so schwer, Maßstäbe offenzulegen? Berufsschulen hätten einen anderen Bildungsgang als die STS mit ihrer großen Bandbreite.

Ganztagsbetreuung (Pressemitteilung des Schulsenators): Keine neuen Aussagen. IVKs (Internationale Vorbereitungsklassen) für Flüchtlingskinder gebe es an verschiedenen Standorten, auch an Gymnasien. Das SIZ (Schulinformationszentrum) sei zuständig. Ein Problem sei die Alterseinschätzung. Maximal ein Jahr seien sie in einer IVK, dann in einer Regelklasse. Eine Ausnahme bilde die Grundschule. Der Deckel bleibe. Frequenzausgleich bei Unterfrequenz. Früher war der Richtwert 26 Kinder plus 10%, heute 25 plusminus. Dies werde schon bei der Anmelderunde eingeregelt, ein bis zwei Plätze blieben frei.

Umfrageergebnis zur Begabtenförderung und Diskussion: Aussagen zur Begabtenförderung seien oft auf der Homepage der Schule nachlesbar – doch „lebe“ sie die Schule auch? Themen wie zweite Fremdsprache für die Oberstufe, Latein ab Klasse 5. „Jugend forscht“, Leistungspunkte sammeln, die 11. Klasse überspringen (Modell G8 an der STS). Eine Schule habe dafür eine Koordinatorin. Schüler könnten ESA mitschreiben. Das Fach Technik öffnen. LEBL (Lernentwicklungsblatt), Kurse am Nachmittag, „Discussion Club“ mit einem „native speaker“. Chinesisch-, Physik-Kurs, Mathe-Club, chemische Experimente freiwillig am Nachmittag, Junior-Studium – optional mit Teilnahme an der Klausur. Junior-Akademie in Sankt Peter-Ording (mit einem Gutachten der Schule). Philosophen-Runde. Fellowships. Projektarbeit. Kein Überspringen, um Kinder nicht aus ihrem sozialen Rahmen herauszureißen. Wettbewerbe, Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Harburg (TUHH) ab Klasse 7. Bestandsaufnahme mithilfe von KERMIT. Einzelbegabungen herausfiltern. Für die damit beauftragte Fachkraft der Schule gebe es eine Grundausbildung der BSB. Dazu benötige man die Befürwortung der Schulleitung und des Personalrats.

Was können Eltern einfordern? Mädchen und Naturwissenschaften. Wie Hochbegabung, einzelne Begabungen erkennen? Forderung einer besseren Finanzierung der Begabtenförderung. Image/Präsentation/Profile der Stadtteilschule: Selbstständiges Lernen. Anmeldungen erfolgen primär nach der Schulweglänge, für Grundschulkindern sei das ein gutes Prinzip, für Sek1 wäre ein anderes Verfahren besser, um die Mischung für integrierenden Unterricht zu gewährleisten. Der GEST-Vorstand habe dafür ein Verfahren erarbeitet und vorgeschlagen. Feedback für Begabte.

Schulausschusssitzung zu „Guter Ganztag“: Die Initiative Guter Ganztag habe ihr Anliegen in einer Anhörung des Schulausschusses mit einer Präsentation vorgetragen (5.1.). Rückfragen des Ausschusses gab es hauptsächlich in Bezug auf die Finanzierung der Vorschläge. Gespräche seien vorgesehen. Schulsenator Rabe gab vor der Sitzung eine Pressekonferenz. „Wir wollen lernen“ (WWL) setze sich für Guter Ganztag ein. STS könnten derzeit nicht gleichwertig werden. Prestige-Frage: Inklusion, HR-SchülerInnen an der STS, G8/G9, Aufnahmeverfahren: nicht Restschule, sondern Inklusionsschule mit entsprechender Schülerschaft. Ein/e ständige/r Vertreter/in der GEST im Schulausschuss wäre wünschenswert.

Eindrücke vom Tag der offenen Tür: Es wurden gezielte Anfragen zum Anmeldeverfahren gestellt. Allgemeine Infos vs. Muffin-Stand. Gut sei, auf die BesucherInnen zuzugehen. Eltern informieren Eltern, Kinder Kinder (Kinderlotsen). Wichtig sei, dass das Kind sich an der Schule der Wahl wohlfühle.

Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen: Pädagogische Fortbildung für nicht-pädagogisches Personal?

Mitteilungen und Verschiedenes: Protokolle der Sitzungen des Schulausschusses?

9.2.16: **Begabtenförderung: Vortrag und Diskussion** (mit der Ombudsfrau für besondere Begabungen Edda Georgi, BSB, als Referentin): Zur Person: Erzieherin, Sozialpädagogin. Es gebe Ombudsvertretungen für Schüler, für Inklusion. Alle Schulen sollten

dafür einen Koordinator haben. „Vom Glücks- zum Regelfall“. Demnächst gebe es für Grundschulen einen Aktionsplan. Diagnose Hochbegabung: IQ 132. Besondere Begabung 115-130. Teilleistungsstärken: mathematisch, naturwissenschaftlich, sprachlich, musisch/kreativ, sportlich, sensomotorisch, emotional. Es seien meist sehr rege Kinder, die den Sachen auf den Grund gehen wollen. Zeichen seien Humor, Freude an Wortspielen, unübliche (kurze) Lösungswege, hohes Abstraktionsvermögen. Sie erkennen Muster (Asperger), beharren auf der Einhaltung von Regeln, übernehmen Führungsrolle (positiv/negativ). Halte sich das Kind nicht für „normal“, passe es sich an. Solche Kinder brauchen eine „Erdung“. Inklusion sei hier eine Chance. Balance finden zwischen Abrutschen und Abheben. „Wissen schlägt Intelligenz.“ Ohne Förderung gehe es nicht. Die Hochleister an Schulen seien nicht unbedingt hochbegabt. Hochbegabung könne überlagert sein durch ADHS. Betroffen seien meist Jungen, die in der Regelschule gescheitert seien. Ganztagschule: Gute Angebote (auch für Flüchtlingskinder, Kinder aus Schulversager-Familien). Außerschulische Angebote seien wichtig (Rückmeldung). Wettbewerbe, Projektarbeit. Talentierte Kinder an ihre Grenzen führen. „Drehtürmodell“, eigene Lernstrategien, Klassen überspringen (Einzelfalllösung). §44 Abs. 2 HmbSG. Besondere Leistungen im Zeugnis aufführen. Sie müssten Unterforderung aushalten. Über längere Zeit können sie aber zu Störern, Verweigerern werden. Es brauche im oberen Bereich herausfordernde Aufgaben. Solche Kinder bräuchten Aufgaben, die sie in ihren „roten Bereich“ führen. Sind Lehrkräfte in der Grundschule geschult, das zu erkennen? Es gab eine Evaluierung, Fortbildung für Grundschullehrer, Kooperation mit der BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). Junior-Studium. Springen, um aus einer schwierigen Klassensituation herauszukommen. Gute Begleitung sei wichtig. Aufgaben dürften nicht als Bestrafung empfunden werden. Die Entwicklung laufe dynamisch, nicht statisch. Über das SIZ gehe es an die Ombudsfrau, dann gebe es lange Gespräche. Betreuungsintensiv. Begabungsförderungsstellen. ReBBZ, Beratungsstelle besondere Begabungen (BbB). Viele Mütter kümmerten sich. Lernen, mit der Diagnose Hochbegabung umzugehen, Interessen der Kinder wahrnehmen, Schulen schulen. Alleskönner sei ein Ansatz. <https://www.bildung-und-begabung.de/> Schulinspektionsberichte, Förderkultur, Wettbewerbe: Jugend forscht, Jugend musiziert. Hochbegabte unter sich (Peergroups). Junior-Akademie. Schul-Campus. Körber-Stiftung. Kinderforscher (TUHH). Paten-, Mentorenprogramm initiieren, BbB ist Ansprechpartner (Gutachten, Tests).

Anmelderunde – Anmeldezahlen: Tendenzen, Platz für IVK? Abschreckung: Die Schulen seien überfüllt. Wie waren die Tage der offenen Tür? Eltern interessierten sich für Profile. Ist der Kilometerradius ein Hindernis, um Schulen anzuwählen?

Elternkammer: Zusammensetzung des neuen Elternkammer-Vorstandes (kein Vertreter einer Stadtteilschule).

Ein Delegierter berichtete von einem **Mentorenprogramm für Eltern** (mit Fremdsprachen). Ein Pilotprojekt der BSB. Schulen dafür werden gesucht. Seminare: Sieben Module von der Kita bis zur Universität. Zusätzlich zur Schule. Die Schulleitung müsse es beantragen, die Elternräte könnten es befürworten, es gebe eine Aufwandsentschädigung. Die Mentoren hätten eine beratende Funktion.

Bericht aus dem Vorstand: Die SPD möchte die Lehrerausbildung reformieren, zurzeit gebe es vier Lehrämter, es solle den Stadtteilschullehrer geben. Leiter der Kommission sei Aart Pabst. Es gehe auch um die Inhaltsvermehrung in der Schule.

KESS-Test sei umstritten: unterschiedlich viele Schüler, unterschiedliche Test-Motivation. Mädchen und Jungen lernten anders.

Das aktuelle Problem: Fortbildung auch für Honorarkräfte? Kostenerstattung für Lehrkräfte bei Reisen. Die Schule müsse zahlen. Es gebe keine Freiplätze mehr. Schulreisen sind für Lehrer verpflichtend (Teil der Arbeit). In NRW sei das

budgetabhängig.

Verschiedenes: STS Winterhude: Dock 16.

22.3.16: **Inklusion: Vortrag Frau Dr. A. Ehlers, Referat Inklusion der BSB (B 53-A1)**

Die Referentin ist zuständig für den Grundsatzbereich für die sonderpädagogische Unterstützung. Dazu ein kurzer historischer Abriss: 1990 beschließt die UNESCO-Konferenz in Thailand Bildung für alle, Inklusion, inklusive Bildung. UN-Behinderten-Konvention im Frühjahr 2006, Artikel 24. Deutschland unterzeichnet Konvention und das Zusatzprotokoll. Seit 2009 Vertragsstaat. Jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf Bildung ohne Vorbehalte auf der allgemeinen Schule. Eltern haben ein Wahlrecht. Ausgenommen wurde Autismus. Mittlerweile ist Inklusion in allen Jahrgängen hochgewachsen. Die Leitidee: Für alle Niveaus und alle Lernorte. Wertschätzung von Heterogenität. Alle Schüler haben ein Recht auf individualisierte Lernförderung. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Lehrenden. Die Diagnostik ist weiterzuentwickeln. Die Lernplanung muss medial, personell, in der Zuweisung der Ressourcen angepasst werden. REBBZ-Zentren begleiten den Prozess. Die im SIZ angesiedelten Ombudsstellen begleiten in den Handlungsfeldern. Projekt „Evaluation inklusiver Bildung in Schulen“ (EiBiSch) begleitet für vier Jahre (bis zum 31.03.2017) die umfangreichen Veränderungen der pädagogischen Prozesse und des Schullebens. Alle Schulen brauchen ein integriertes Förderkonzept und eine Ressourcenzuweisung. Förderkoordinatoren: Schulbesuche zum Stand der inklusiven Bildung. Schwerpunkt liegt bei den Stadtteilschulen. Dies ist nicht die Schulinspektion. www.hamburg.de/inklusion-schule/. Verlässlichkeit/Stetigkeit der Schulbegleitung. Es gibt einen Datenpool. Schulen können auf Daten anderer Schulen zugreifen. Förderschulen werden sich in absehbarer Zeit nicht auflösen. Die handelnden Personen nicht überfordern! Es ist auch immer eine Frage der Kassenlage. Sind IVK-Klassen kontraproduktiv für Inklusion? Angela Ehlers: Es gibt beide Modelle: Willkommensklassen und sofortige Inklusion. Die Kinder schnell fit machen ist das Ziel.

Grundlagen in der Bildungssprache Deutsch. Begleiter ausbilden. Angela Ehlers: Auch Gymnasien stärker einbinden (häufig vom Einzugsbereich abhängig). Die Ausbildung liegt bei den freien Trägern. Berechnungsgrundlage KESS; Ressourcen: Systemische Zuweisung und dann Fein-Tuning.

Eltern können auf einer erneuten Überprüfung bestehen. Die Ombudsstelle Inklusion gibt es seit 2012.

Ombudsstelle Inklusion (Referentin Uta Buresch)

Flyer. Die „Ombudsstelle Inklusive Bildung“ wird von vier Mitarbeitern ehrenamtlich betreut. Jeden Dienstag von 14 bis 18 Uhr gibt es eine öffentliche Sprechstunde. Das Wohl der Kinder ist die Leitlinie. Frau Buresch war Sonderschullehrerin, Beratungslehrerin, hat Psychologie studiert, ist Therapeutin. Eltern sollen sich angenommen fühlen, manchmal ist es sinnvoll, den Datenschutz der Schule aufzuheben. Diagnosegestützte Förderung. Die Schulakte einsehen. Ist ein Förderplan vorhanden? Ist er präzise genug? Wie soll der Weg sein? Kleine Schritte. Es ist wichtig, Erfolge zurückzumelden. Das Kind aufbauen. Beratung und Begleitung müssen garantiert sein, zum Erfolg geführt werden. Die Ombudsstelle an den Schulen empfehlen! Sie ist einmalig in Deutschland. Es wird auch eine Schulformberatung durchgeführt. Um Konflikte zu lösen, hospitieren die Mitarbeiter der Ombudsstelle an Schulen. Es ist wichtig, auch Kinder ohne klare Behinderung wahrzunehmen. „Eltern sind Experten für ihre Kinder.“ Der Rechenschaftsbericht der Stelle als Broschüre: www.hamburg.de/bsb/ombudsstelle-inklusive-bildung/.

Flüchtlingsproblematik - Flüchtlingsbeschulung

Problem der Stadtteilschulen: Räume, Personen, Ressourcen. Durch das Elternwahlrecht ist es schwer, sich vorab einzustellen. Frequenzen sind temporär erhöht. Aktionismus und Notbehelfe. Altersgemäße Einschulung.

Elternkammer

Henry Leonhardt: Die Kammer beschäftigt sich auch mit der Initiative „Guter Ganztag“. Zurzeit sind nur vier Vertreter der Stadtteilschulen in der Elternkammer (vier von 38). Dies ändert sich erfahrungsgemäß im Laufe der Zeit ein wenig zugunsten der STS. Die Kammer versucht, allen Schulformen gerecht zu werden. Alle Beschlüsse der Kammer sind auf ihrer HP nachzulesen: www.elternkammer-hamburg.de.

Die Zusammensetzung der Kammer ist strukturell/politisch bedingt: Nach Änderung der Schulstruktur („Zwei Säulen“) wurden die Anteile der Schulformen im Gremium nicht entsprechend angepasst. Initiative Guter Ganztag (neue Entwicklungen).

Anmeldezahlen (Drucksachen 21/3212 und 21/3000 sowie der Newsletter der Behörde vom 26.2.2016): Ein uneinheitliches Bild: Überangewählte Schulen, „Punktlandungen“, Ablehnungen, überangewählte Bezirke, ein Standort muss schließen, Langformschulen können Kinder ihrer Grundschule nicht halten, „Staubsaugerschulen“, Kritik an Entwicklungen, die durch Politik auch noch verstärkt wurden. Kinder mit Migrationshintergrund werden auch bei guten Noten eher für die Stadtteilschule angemeldet. Andererseits gibt es Anmeldungen an Gymnasien auch ohne Empfehlung.

Mitteilungen aus der BSB und Fragen an die BSB: LSE-Ressourcen: 85 Stellen waren zugesagt worden, der Senat hat nur 75 Stellen genehmigt. Auswirkung auf die WAZ.

Mitteilungen und Verschiedenes: Die MSA-Prüfung findet im kommenden Jahr im Mai statt - ein Erfolg durch den Protest der Eltern.

19.4.16: **Neue empirische Erkenntnisse bei Stadtteilschulen** (Referent **Ulrich Vieluf**)

Schulentwicklung und Qualitätsbildung, Leistungsfähigkeit der Stadtteilschule, Fördern und Inklusion

PowerPoint-Präsentation: Eine Lernstandserhebung auf freiwilliger Basis, 35 Schulen und damit fast alle angeschriebenen, nahmen teil. Voraufgegangen war eine Teilnahme von sieben („Trendanalyse“), dieses Mal war es eine Vollerhebung. 35 Stadtteilschulen (STS), 2588 Teilnehmer, im August 2015.

Zusammensetzung der Schülerschaft, Aspekt Geschlecht, Vergleich nicht-deutsch/deutsch. Ein Drittel der STS-Schüler mit anderer Muttersprache von 23 auf 34% gestiegen, eine Herausforderung für die STS. Ein anderer Aspekt: der Buchbestand zu Hause. Menschen mit vielen Büchern nehmen häufiger an kulturellen Veranstaltungen teil. Welchen Schulabschluss haben die Eltern (d.h. können sie ihren Kindern helfen?)? Methodisches Vorgehen: Durch „Skalenpunkte“ kann relativ genau auf Lernrückstände in Zeiteinheiten geschlossen werden. Test: Deutsch-Leseverständnis: von 2009 nach 2015 sind die STS-Schüler im Vergleich ein Jahr weiter. Angesichts einer Steigerung des Anteils nicht-deutscher Kinder in Stadtteilschulen bedeutet das: Die Förderung war erfolgreich. Der Unterschied Jungen/Mädchen bei nur einem Skalenpunkt bedeutet, d.h. sie sind in etwa gleich stark. Zum Aspekt deutsch/nicht-deutsch: Alle profitieren von der verbesserten Förderung, alle verbessern sich.

Orthographie ist ein Prädiktor für eine Gymnasialempfehlung. Orthographie ist unabhängig von der Muttersprache. In Englisch und Orthographie sind deutsche und nicht-deutsche Schüler fast gleich. In Englisch ist eine enorme Leistungssteigerung durch Förderung zu verzeichnen.

In Mathematik gab es keine Entwicklung. Es blieb bei 151 Punkten, d.h. die Schüler liegen 2,5 Jahre zurück. Es gibt einen hohen Anteil an Schülern, die „Mathematik nicht können“. Die STS sind ohne eine Spitze, bei Jungen und Mädchen gab es keine Änderung. Die Schere ist weiter auseinander gegangen.

Naturwissenschaften: Die Schüler haben sich auch hier verbessert (Mathe bleibt die große Ausnahme). Die Anzahl der Schüler mit schlechter Ausgangslage wurde halbiert. 75% sind gleich wie seinerzeit bei der Gesamtschule. Die Förderung hat viel bewegt, alle profitieren, es gibt eine extreme Leistungsstärke bei Spitzenschulen.

Fazit: Es gibt Fortschritte in vielen Bereichen.

Diskussion

Es gibt jetzt echte STS-Schüler. Vergleichsgruppen: Berufliche Gymnasien, Aufbaugymnasien und Gesamtschule. Für 2015 ist es ein hochbelastbarer Vergleich: Die Gesamtschulen und die ehemaligen GHR-Schulen haben sich erfolgreich auf den Weg gemacht. Dabei gibt es das Mathe-Problem. „Mathe hat keine Konjunktur.“ Hier müssen die Stadtteilschulen unbedingt gegensteuern. Die Mathematikpläne in Deutschland sind überfrachtet. Wir brauchen eine Mathe-Offensive. Eine Wochenstunde mehr Mathematik hat große Effekte. Mathe fächerübergreifend lehren. Gelegenheiten nutzen und Zeit geben. Vermeidungsverhalten in Mathe überwinden, Mathe zu einem „Spaßfach“ machen (Gelegenheit: Nacht des Rechnens). Mädchen trauen sich Mathematik nicht zu, haben negative Selbst-Konzepte – ein psychologisches Problem? Lösungen: Früh anfangen. Positive Rückmeldungen. Die zusätzliche Förderstunde wird leider oft als Strafe/Folter wahrgenommen. Kreative Ansätze. Mathe-Lehrerinnen können als solche ein Stimulans sein. Bei Muslimas gilt es als kulturspezifisch ok, nicht Mathe zu können. Delegierter: Zwei Lehrkräfte in Mathe in der Klasse, individualisieren. Bei gezielter Auslese gehen Kinder verloren. Gefragt ist Empathie, mehr Zeit, mehr Personal in den Klassen 5 und 6.

In vielen Schulen ist Mathe nachgeordnet. Wichtig ist auch die Qualifizierung der Lehrer (nicht perfekte Mathelehrer, sondern gute Didaktiker). Tandem ein Fachlehrer und ein Sonderpädagoge, der die diagnostizierende Sichtweise einbringt. Lernschwierigkeiten analysieren, um dann entsprechend zu fördern.

Mathe-Initiative von Schulsenator Ties Rabe.

Die teilnehmenden Schulen haben diese Präsentation erhalten zusammen mit ihren eigenen Zahlen.

Bei diagnostizierter Dyskalkulie wird gefördert. Ressourcen müssen abgefordert werden, sie können nicht versagt werden. Es gibt wenig erfolgreiche Förderung für Dyskalkulie. Legasthenie dagegen ist anerkannt. Sonderpädagogische Fachkräfte testen auf Dyskalkulie (ReBBZ). Auch niedergelassene Psychologen testen.

Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen

Erfahrungsaustausch Schulbau, Abriss, Neubau, Produktionsküchen. Wichtig sei die Anzahl der Essen pro Tag (die Oberstufe nicht mitgezählt). An die BSB wenden, denn die BSB ist Besteller bei Schulbau. Dies sollten die Eltern tun. Container werden nicht mehr aufgestellt. 2014 hat die BSB angekündigt, an den Schulen WLAN einzurichten. Erinnerung an „Bring your own device“.

Mitteilungen und Verschiedenes: An einer Stadtteilschule wird ein bilingualer Schulzweig beendet.

10.5.16 **Geplantes Vorstandstreffen mit Herrn Schulsenator Rabe**

Themen: Reisekostenpauschale der Lehrer (seit zehn Jahren unverändert), nur drei Reisen seien gedeckelt, Kürzung der LSE-Ressourcen, Inklusion (Unterschied bei geistiger Behinderung), Inklusion und Benotung, keine Lernförderung, Sitzung mit Ulrich Vieluf: SonderschullehrerInnen für Mathematik (wichtig für Diagnostik).

Berichte aus anderen Gremien

Elternkammer: „Bring you own device“ (BYOD), Kosten unbekannt, es wurde ein Elternkammerausschuss für Medien gebildet. Die Vernetzung sei nicht billig. 7000 SchülerInnen machten schon mit. Noch sei es ein Schulversuch, es solle erweitert werden. BYOD: Kleine Apps, die SchülerInnen benutzten, um Vokabeln zu lernen, Präsentationen (PPP) zu erstellen und mehr.

Flüchtlinge und Schule (Referent Eric Vaccaro, Referatsleiter Flüchtlingsbeschulung / Bildung in der Region in der Schulbehörde)

PowerPoint-Präsentation, Thema seines Vortrags: „Das Hamburger schulische Aufnahmesystem für Flüchtlinge und neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse“

www.hamburg.de/contentblob/4537138/d0485148a740b1daada0c5bb9182574d/data/schulische-aufnahmesystem-fluechtlingen.pdf

Entwicklung der Zahlen, Zuwachs zuletzt deutlich geringer, Verteilung auf die Herkunftsländer (2014) im Bund und in Hamburg, Schulpflicht gelte für alle Kinder (§37) unabhängig vom juristischen Status, Zentrale Anlaufstelle (ZEA) – drei Monate, es gebe Klassen in ZEAs, dies gelte bis zum Alter von 16, danach kämen die berufsbildenden Schulen. Es beginne in Basisklassen (lateinische Schrift schreiben können, Deutsch lernen), danach kommen die SchülerInnen in deutsche Klassen. Es gebe auch Alphabetisierung an Berufsschulen.

AV-M dual (Betrieb/Schule), unbegleitete Jugendliche (UMF), Jugendhilfe (EVE, Erstversorgung), in den ZEAs gebe es 30 Stunden Unterricht. Die deutsche Sprache werde an Themen orientiert aufbereitet: Ich und meine Familie, Einkaufen, Demokratie – Erziehung. Lehrer und Sozialpädagogen arbeiten zusammen. In ZEAs werden Klassenräume mit eingeplant.

Lehrkräfte: Lehrer mit Erfahrung in „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ), pensionierte Lehrer, Quereinsteiger. Spezialisierte Stadtteilschulen.

Von Basisklassen zu IVKs. Jeweils zwei Klassen werden zusammengefasst und kommen von dort in Regelklassen mit Sprachförderung.

Kultur(ver)mittler einstellen.

Wichtig sei, Niveaus anzugleichen. Das grundsätzliche Problem: Wie mit Heterogenität umgehen? Eine Aufgabe nicht nur der Schule, sondern aller Bereiche in den Stadtteilen. Plant die Schule Klassen mit Doppelbesetzung? Dafür stehen 0,67 WAZ (Abrechnung der Arbeitszeit in Zeitstunden) zur Verfügung. 45 WAZ seien eine Lehrerstelle.

Gymnasien sollen mit eingebunden werden. IVKs seien schulformunabhängig. Eine solche IVK habe lediglich Gymnasium als Standort. Die Übergänge müssen beobachtet werden. An zwölf Gymnasien gebe es ESA-Klassen. Ziel des Schulsystems sei der Abschluss (und mehr Chancen).

Frequenzen: 10 (Basis), 15 (IVK). Die Stundenzuweisung sei wie in der Regelklasse. Deutsch, Mathematik, Sport, Sachunterricht, Werte, Demokratie, AV-M dual/AV dual. Die Präsentation weist an dieser Stelle umfangreiches Zahlenmaterial auf. Schulformen: 56 Grundschulen, 32 Stadtteilschulen, 24 Gymnasien, 1 Förderschule.

Infos unter www.hamburg.de/schule-fuer-fluechtlinge

Schulentwicklungsplan (SEPL). Kindern mehr Zeit geben. Das Bildungssystem sei insgesamt durchlässig.

Mitteilungen und Verschiedenes

Fehlende Räume, Container werden nicht mehr aufgestellt. Auch Schülerräte können es als Wunsch vorbringen, dass die Schule eine solche Klasse aufmacht.

- 21.6.16: **Aktuelle Informationen und Termine:** aus dem Ausschuss Stadtteilschulen der Elternkammer: Qualitätssicherung, Schulinspektion (Daten sammeln), E- und G-Noten (Konzepte der Schulleitungen), Schüler ohne Abschluss, Eltern informieren über Noten nach Jahrgang 7.

Mitgliedschaft der GEST im Hamburger Bündnis für schulische Inklusion: GGG war ausgetreten, weil sich das Bündnis weit von dem entfernt habe, was der GGG wichtig sei. Im Vorstand der GEST sei es strittig. Die GGG trete für eine Schule für alle ein. Wer drin sei, könne mitgestalten. Im Bündnis gebe es unterschiedliche Interessenlagen. Inklusion bedeute, alle Kinder bleiben zusammen. Die Stadtteilschulen befänden sich in einem Prozess. Binnendifferenzierung, Drehtürmodell. Abstimmung wurde verschoben. Alle Schulen sollen Inklusion mittragen. Für eine Umsetzung der UN-Konvention fehlten teilweise die (baulichen) Voraussetzungen. Menschenrecht. Es gehe darum, Brücken zu schlagen – individuelle Lösungen. Sonderpädagogik sei nötig, es sei gut, noch einige Förderschulen zu haben. Schulen seien Lernorte, es gehe darum, Kinder (nicht Fächer) zu unterrichten.

Geplantes Vorstandstreffen mit Herrn Schulsenator Rabe: Themen:

Anmeldeverfahren, „Max“ (für 20 Einzelfälle), Ansehen der STS, Netzwerk für Lehrkräfte, Klassenreise (Reisekosten), für die drei Pflichtreisen sei der Spesensatz geklärt, Binnendifferenzierung. Statusorientierung: Aufwertung durch Umbenennung? Stadtteilgymnasien. Die Stärke der STS sei der Mittlere Abschluss (MSA). Durch individuelle Förderung den optimalen Abschluss erreichen - nur an der STS.

Einigung Senat und Initiative „Guter Ganztag“, Änderung des Schulgesetzes: Als Referent **Gerd Kotoll** von der Initiative „Guter Ganztag“. Wesentliche Punkte: Kosten von real 65 Mio €. Qualität gesichert, Referenznetzwerk, es werde an allen Schulen einen Ganztagsausschuss geben (neu). Bau und Raum: Schulen früher einbinden. Experten. Extra Geld, 25 Mio plus eine halbe für Küchenertüchtigungen, ab 2021/22 jährlich 1,5 Mio ohne Enddatum. Außerschulische Lernorte nutzen: Bauspielplätze. Jugendarbeit stärken. Weiterentwicklung der GTS im Bereich Verpflegung durch „Vitalküchen“ vor Ort (d.h. Speisen werden frisch zubereitet). Vernünftige Zusammenfassungen aber weniger Zentralisierungen. Mitspracherecht. Pädagogisch begleitete Nahrungsaufnahme als Ressource. Betreuung/Personal: ein Plus von 17%, die ersten 10% kommen 2017/18. Kooperationspauschale auch für GTS (www.lea-hamburg.de/aktuelles-gbs). Mitarbeiter werden an Schulen beschäftigt, keine prekären Arbeitsverträge. Die Vereinbarung gebe es als Drucksache (21/4866).

Diskussion: Schüler-Essen sei vom Abkommen der Eltern abhängig. Reicht das zusätzliche Personal?

Der Referent: Inklusionsflächen schaffen (Ruhe-, Ergoflächen). Musterflächenprogramm noch ohne Funktionszuweisung.

Eingliederungshilfen. Inklusionskinder seien häufig nicht in Ganztagsbetreuung.

Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen: „Luruper Forum“: Schulhofflächen, Wohnungsbauprogramm. Bestandsschutz für Schulen. Konkrete Probleme vor Ort angehen. Die Schulen abfragen.

Elternmitarbeit nehme weiter ab. Schulfremde Personen für Schularbeit interessieren (gibt es dabei rechtliche Probleme?). Freiwilligenbörse für Ehrenamtliche. Ehrenamtliche Tätigkeit werde oft nicht wertgeschätzt. Probleme mit Mitbestimmungsrechten von Eltern: Forderung an Schulleitung und Kollegium. „Schulmentoren“. Ehemaligen-Treff an STS: nachmachen! Werbung für die Stadtteilschule. Wahlpflichtfach: Bühne, Musik, Modenschau, Kulturagenten, Chöre an STS, Schulsport.

Themen der nächsten Sitzungen: LSR, Qualitätssicherung (ein Schulleiter), Inklusionsbündnis, Schulentwicklung: Flüchtlinge (Anschlussbeschulung nach IVKs), Hamburger Arbeitsassistenten, Fachtagung des Bündnisses (Unterstützung der GEST)

12.7.16: Gespräch des **Vorstandes der GEST** mit dem **Schulsenator Ties Rabe** (Anmeldezahlen, Schulentwicklung, Positionspapier der Schulleiter, Differenzierung im Unterricht, Ressourcen der Schulen, Inklusion, Stärkung der Stadtteilschulen)

12.7.16: **Bericht vom Gespräch des Vorstandes mit dem Schulsenator Ties Rabe:** Das Thema „Max“ (unbeschulbare Schüler) kam nicht zur Sprache. Der Schulsenator wünsche sich, dass mehr miteinander als übereinander gesprochen werde. Schlecht über Stadtteilschulen zu reden, sei nicht zielführend. So gingen der STS gute Kinder verloren. In Bezug auf die von der GEST vorgeschlagenen Aufnahmemodi gebe es neue Einsichten in der Behörde. STS haben einen großen Entwicklungsbedarf, es gebe zwischen ihnen große Unterschiede. Keine Denkverbote. Werbung z.B. unter dem Motto: Alle STS haben kleine Klassen und Doppelbesetzung. Die STS seien laut BSB hervorragend ausgestattet. Zusätzliche WAZ werde es nicht geben. Signal setzen (20 Kinder pro Klasse an der Stadtteilschule mit einer Obergrenze, 30 am Gymnasium). Binnen- oder äußere Differenzierung: Das werde von der Schulbehörde nicht vorgeschrieben. Die Schulen müssten ihr Modell selbst finden. Lehrkräfte müssten sich ändern: In einer Umfrage nach Verbesserungen für die STS gab es viele Vorschläge, aber es kam nichts in Richtung der

Lehrer. Langformschulen seien ein guter Ansatz. Werbung für die Stadtteilschule in den umliegenden Grundschulen machen. Das LI solle den STS helfen. Schulempfehlung, Lernentwicklungsgespräch (LEG). Leistungsfähigkeit erkennen. Am Gymnasium sind extreme Leistungen über lange Zeiträume erforderlich.

Eltern versäumten LEGs. Die Lehrer machten eine Sicherheitsempfehlung. Das Gymnasium sollte verpflichtet werden, alle Kinder durchzulotsen. Das wäre auch eine Chance für die STS. Welches Schulsystem wollen wir? Mehr Öffentlichkeitsarbeit: Es gäbe hervorragende Ergebnisse an STS durch Fördern. Wie gehen die STS mit den KESS-Ergebnissen um?

Positionspapier der Stadtteilschul-Schulleiter_innen (Referent: Uwe Timmermann, STS Kirchwerder): Der Referent stellte sich vor: seit 36 Jahr im Schuldienst, an der Ida Ehre Schule 25 Jahre, didaktischer Leiter, Grundsatzreferent Stadtteilschulen, Schulleiter seit fünfeinhalb Jahren, Sprecher der STS in Bergedorf, die sich regelmäßig austauschen. Papier aus Jesteburg: **Leitbild 2010** (Powerpoint), „Vielfalt ist Reichtum.“ Jede/r Schüler/in nach seinen Stärken und seinem Tempo. Jede/r will lernen. Würdigung der Leistung, individuelle Rückmeldung. „Tag der Helden.“ Leitsätze. Schulqualität (die STS übertrifft das Gymnasium), Längeres gemeinsames Lernen ... Anstelle von Segregation mit der inklusiven Schule dagegenhalten. Nicht fächerorientiert unterrichten. KERMIT: Es gebe keine Unterschiede. Hattie-Studie: *Beziehung* sei wichtig. Alles inkludieren. Schulpreise und Inklusion gingen zusammen.

Diskussion: Im Papier gebe es strategische Fehler. Stattdessen die Vorteile der Stadtteilschule auflisten. Lehrkräfte sollen nicht fachlich beschlagen, sondern authentisch und überzeugend sein. Kinder, nicht Fächer unterrichten. Verbesserungsvorschläge?

Der Referent: Qualitätszirkel. Leistungen in der Presse deutlich machen.

Alle Schulen haben an Oberstufen zugelegt, bis dahin steigen die Schülerzahlen an. Den Schulleitern sei aus pädagogischen Gründen wichtig, dass die Kinder nach der Grundschule sofort an die Stadtteilschulen kommen.

Die Stadtteilschulen konkurrierten miteinander. Nicht das Abitur sei der Maßstab, sondern ein erfolgreiches Leben. **Wo läuft Inklusion besser als an Stadtteilschulen?**

Die meisten Lehrer kennen nur das Gymnasium – man empfiehlt das, was man kennt.

Ulrich Vieluf sagte in der GEST: Die STS lägen in Mathe zurück, dort brauche man neue Ansätze. Rankings? Die Leistung der STS läge im Großen und Ganzen im Nicht-Messbaren. Ausbilder in der Wirtschaft schätzten die Kenntnisse der STS-Schüler höher ein. Anmeldeverfahren, Schulweglänge. Jede STS braucht eigene Schulentwicklung, Konkurrenz, daraus ergebe sich Vielfalt und Schulqualität. Scheitert Qualitätsmanagement an den Lehrern? Ist ein WAZ-Schlüssel effektiv?

Mitgliedschaft der GEST im Hamburger Bündnis für schulische Inklusion (als Gast Pit Katzer vom Bündnis): Derzeit gebe es einen mehrfach überarbeiteten Entwurf des Bündnisses. Mit einem Paukenschlag sei die GGG aus dem Bündnis ausgetreten. Ihre abweichenden Vorstellungen von Inklusion wurden von der GGG dargelegt. Für die GEST sei Inklusion eine umfassende gesellschaftliche Aufgabe. Alle Kinder seien inklusiv. Dem Vorstand, obwohl er sich im aktuellen Entwurf nicht wiederfand, ist es weiterhin wichtig, im Bündnis zu bleiben – die GEST sieht sich als einzige Organisation, die einen Blick auf Ganze hat.

Pit Katzer: Im Bündnis seien 23 unterschiedliche Verbände, also sehr heterogen. Im Oktober 2014 hat das Bündnis ein Memorandum vorgelegt, das von der GEST mitgetragen wird: www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/DOKMemorandum-schulische-Inklusion2014.html). Der Kern des Inklusionsgedankens steht am Anfang: „Inklusion ist das selbstverständliche Zusammenleben aller Menschen im Sinne einer gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von individuellen Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, Fähigkeiten und Behinderungen.“ §12 HmbSG: das Recht auf inklusive Beschulung. Mit den

Integrationsklassen war Hamburg weit vorn. Der Anteil der Förderkinder sei unverändert. Schwerpunktschulen mit Qualitätskriterien. Für diese Kinder seien Pädagogik und Didaktik weiterzuentwickeln. Zurzeit gebe es wenige Schulen, die das machten. Gilt dies für alle Schulen? Pit Katzer: Die Stadtteilschulen seien dafür speziell geeignet, um gemeinsam miteinander/voneinander zu lernen: Das sind dann Schwerpunktschulen *und* andere Schulen.

Wenn dies von den Schulen nicht gefordert werde, werden es nicht alle tun. Pit Katzer: Gut, hier Ideen einzubringen. Bisher sei es so gewesen, dass es nicht angenommen wurde. Erst einmal mit einigen Schulen anfangen.

Mitteilungen und Verschiedenes: Migranten als Ansprechpartner. Die schulpolitischen Sprecher der Parteien einladen mit der Frage: Wie die Stadtteilschulen stärken? Schulfrieden? Pflichten als gewählte GEST-Delegierte weiterhin wahrnehmen, den Staffeln an neue Delegierte weitergeben.

- 8.9.15: **Vorstellungen des Landesschulrates Herrn Altenburg-Hack für die Weiterentwicklung des Hamburger Schulsystems und insbesondere der Stadtteilschulen:** IST-Zustand (Bestandsaufnahme); Übergänge (Aufnahmekriterien, Lenkung der Schülerströme, Elternwille); Inklusion: (SuS mit Förderbedarf, Flüchtlinge, IVKs, Zuwanderung); Ressourcen; Ausblick (Schule im Wandel, Schule der Zukunft)
- Der Landesschulrat Altenburg-Hack stellte sich vor: Er war in der Projektgruppe Schulreform, Aufsicht bei Primarschulen, als Schulaufsicht in Harburg und Mitte tätig, 23+, jetzt eineinhalb Jahre Amtsleiter. IST-Zustand: Seit 2010 sei Hamburg zweigliedrig. Hamburg sei das einzige Bundesland mit aufsteigenden Schülerzahlen. Bestmögliche Schulabschlüsse und qualifizierende Maßnahmen. Neue Stadtteilschulen. Höhere Abiturquoten. Berufs- und Studienorientierung (BOSO) in Sek1 und Sek2.
- Positionspapier der STS-Schulleitungen: Die Kommunikation sei wieder eröffnet. Übergänge: Ein Schulformwechsel sei kein „Abschulen“. In Jahrgang 5 und 7 fänden Schulanfänge statt. Brüche in Bildungsbiographien vermeiden: Hier seien auch die Eltern angesprochen. Eltern ignorierten oft eine klare Empfehlung der Schule. Das Gymnasium komme seinem Bildungsauftrag nach. Das (Zentral-)Abitur sei aber gleich an beiden Schulformen. Der Landesschulrat sei ein Befürworter der Föderalismus. Die Schranken zwischen den Ländern würden abgebaut. **Die Stadtteilschulen seien gute Schulen.**
- Durch die Förderung persönlicher Stärken gelänge es, die Perspektiven auf das Abitur zu erweitern. Quotierung führe zu Kannibalisierung. Bei Erst-, Zweitwunsch usw. sei zu verhindern, dass potentielle STS-Schüler zu Gymnasiasten würden. Modelle: Losverfahren, 30/30/30-Mix. Keine Segregation nach unten! Bei einem hohen Anteil von Förderbedarf werde es schwierig, den Mix hinzubekommen. Beispiel Campus HafenCity: Durch Kooperation lasse es sich auch innerhalb des Systems regeln. Durchlässigkeit sichern. Keine Ausgrenzung.
- Im STS-Bereich gebe es große Maßnahmen (Größenordnung etwa 70 zu 30). Es gebe einen Fachkräftemangel, Schüler bekämen heute in jedem Fall einen guten Ausbildungsplatz.
- Bei den Lehrkräften gebe es ein Beurteilungswesen in vierjährigem Turnus, in Hamburg sei es besonders aufwändig. In Mathematik müssten die Schulen besser aufgestellt werden. Berufsorientierung, es werde wieder Grundsatzreferenten geben, fachlich zuständig für eine Schulform und ihre Entwicklung. Die Stadtteilschule sei eine junge Schulform. Es gab Schulfusionen, Standorte mit großen Unterschieden. Das Gymnasium gebe es seit Humboldt. Flüchtlinge seien keine Integrationskinder, es gebe bei ihnen per se keinen Förderbedarf.
- Stand Zentralabitur: Alle legten es ab in Mathematik, Deutsch, Englisch/ Französisch in zwölf Bundesländern. Es gebe einen riesigen Aufgaben-Pool der Kultusministerkonferenz (KMK). Hamburg verändere diese Aufgaben nicht. Ranglisten: Bayern gebe zum Vergleich nicht die Werte für München oder Nürnberg heraus. Die politische

Verantwortung liege letzten Endes beim Senator.

Aktuelle Informationen und Termine

Veranstaltung am 26./27.09.2016 in Frankfurt am Main hin: GGG, GEW, GSV u.a.: Bundeskongress „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“, Eröffnungsvortrag Prof. Vernor Muñoz, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung.

Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen

Eine Lerngruppe wurde zugunsten einer Flüchtlingsgruppe aufgelöst.

Eine versprochene Schulbegleitung wurde realisiert. Seit vier Jahren gebe es an einer Schule wegen Baumaßnahmen keine Differenzierungsräume (Gruppenräume).

Schulbau sage: Einsprüche seien noch nicht abgearbeitet.

Themen der nächsten Sitzungen

Umgang mit Zuspätkommern blockiere Schulpersonal. Konzepte: Reinigung von Schultoiletten, Grundreinigung.

Vom Ausschuss Gesundheit Sport Umwelt (GSU) der Elternkammer gebe es ein Positionspapier zu „Schulbau Hamburg“ und ein Beschluss zum Thema „Umwidmung von Schulflächen“.

Engagement der Eltern: Wo und wie laufe es gut an den Stadtteilschulen?

Pressemeldung. Stärkung der Stadtteilschule: schulübergreifende Projekte. Alle Profile aller Schulen seien durchlässig. Gemeinsame Oberstufe.

Mitteilungen und Verschiedenes

Bündnis für schulische Inklusion (Fachtag am 7./8. Oktober 2016 in der Erich Kästner Schule, www.buendnis-inklusion.de) habe neue Kontakte geknüpft: Positionspapiere würden entwickelt. Die GGG Hamburg sei im Konflikt mit Inhalten in Papiers und deshalb aus dem Bündnis ausgetreten (in der GEST wurde dies ebenfalls diskutiert, die GEST bleibe aber aufgrund verschiedener Überlegungen dabei). Keine Positionierung für Eine Schule für Alle. Wie weit geht es mit der Inklusion? Schwerpunktschulen und andere Schulen.

GEW-Aktionstag am 11. Oktober 2016: „Für wirkliche Inklusion! Gegen Ausgrenzung, die Inklusion genannt wird.“

Bildung/Gründung des Vereins „Gerechte Schule“ bzw. „Zusammenschluss schulgeschädigter Familien/Eltern“.

Öffentlichkeitsarbeit der GEST (Flyer).

11.10.16: Bericht aus dem Vorstand

Es wurde vorgeschlagen, den Vorstand auf fünf Mitglieder zu beschränken, um dessen Beschlussfähigkeit zu erhöhen. Außerdem solle es eine Sonderbeauftragte der GEST beim Bündnis schulische Inklusion geben.

Aufgabe: mehr Vertreter aus den Schulen an die GEST heranzuführen.

Es wurde vorgeschlagen, hin und wieder eine GEST-Sitzung in einer Stadtteilschule stattfinden zu lassen. Die Zeit des Sitzungsbeginns sei nicht für alle günstig.

Die GEST sei ständiger Gast im Stadtteilschul-Ausschuss der Elternkammer, umgekehrt sei auch die Kammer in der GEST vertreten.

Kassenprüfer für die konstituierende Sitzung wurden benannt.

Bericht vom Vortrag „Wie weiter mit der Stadtteilschule?“ mit Dr. Jenny Tränkmann, Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (öffentliche Mitgliederversammlung der GGG Hamburg am 12.09.16)

Mehrere Mitglieder der GEST waren anwesend. Die Referentin Frau Tränkmann hat in ihrem Vortrag neuere Entwicklungen berücksichtigt. Sie wies nach, dass Stadtteilschulen viel leisten. In ihrer Inklusionsleistung seien die Schulen gut aufgestellt. Gut in der Förderung. Es gebe einen objektiven Mehrbedarf an Personal. Die hervorragende Arbeit der Stadtteilschulen werde aber nicht nach außen getragen, nicht öffentlich dargestellt. Es könne gesagt werden: „Die Stadtteilschulen können auf ihre Ergebnisse stolz sein.“

(Anm.: zum Inhalt des Vortrages siehe Newsletter 10 der GGG Hamburg)

Öffentlichkeitsarbeit

Profile der Stadtteilschulen öffentlich machen. Erfolge würden auf Homepages dokumentiert. Auf die „Marktplätze“ aufmerksam machen.

Bericht vom Kongress „Eine für alle - Die inklusive Schule für die Demokratie“ (26./27.09.16 in Frankfurt am Main)

Die Vertreterin der GEST auf dem Kongress legte Unterlagen vor von Prof. Dr. Manfred Weiß, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und Dr. Cornelia Gresch, Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB).
<https://www.gew.de/bildung-politik/inklusion/bundeskongress-eine-fuer-alle/>
450 Personen aus Wissenschaft und Verbänden (NGOs) haben teilgenommen. Auf dem Programm u.a. das Thema „Deutschland auf dem Prüfstand des Menschenrechts auf Bildung“, Referent: Prof. Vernor Muñoz, Plan International, Global Advisor on Education, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung. Ein Podium: Barrieren auf dem Weg zu einer inklusiven Bildung für alle. Eine Bildungsreform sei nötig. Die GGG werde die Tagung aufbereiten. Thimo Witting (Schulleiter STS Bergedorf): Transformation zu einer inklusiven Bildung für alle, von Noten abrücken. Das funktioniere nicht ohne die Eltern. Auch die Schülerinnen, wurde gesagt, wollen ein gerechtes Bildungssystem. In Italien z.B. gingen alle bis Jahrgang 8 in eine Schule. Noch immer verteidigten Mitglieder der KMK das dreigliedrige System. SchülerInnen würden nicht gehört, es gebe keine inhaltliche Diskussion.

Protestumzug der GEW: „Wir lassen uns den Mund nicht verbieten“ (11.10.16, 17 Uhr, Curiohaus, Hamburg), ursprünglich als Aktionstag zugunsten einer echten Inklusion gedacht.

Zentralabitur (Anstoßdiskussion, Stellungnahme der **GEST**)

Verschärfung der Zensuren (Klasse 4 und 5). Wer kontrolliere die Schulen bei der Auswahl der Aufgaben? Bereiche, die der Test auslasse, würden diskriminiert. Wie werde nachhaltiges Lernen erreicht? Aufgaben an Gymnasien und Stadtteilschulen seien gleichwertig. Soll gezielt auf Prüfungsaufgaben hin gelernt werden?

Das aktuelle Problem/Berichte aus den Schulen

Das Schulgesetz schreibe vor, jede ganztägige Schule müsse einen Ganztagsausschuss bilden. Diese Pflicht ergebe sich aus §56a des Hamburgischen Schulgesetzes.
www.hamburg.de/contentblob/1995414/data/schulgesetzdownload.pdf

Die Schulkonferenz lege die Größe des Ausschusses fest, jedes Schulgremium müsse sich äußern. Der Ganztagsbeirat gehe in den Ganztagsausschuss über.

Mitteilungen und Verschiedenes

Terminkalender für die Praktika der Mittelstufe entzerren. „Servicestelle BOSO: Berufs- und Studienorientierung für Hamburg“ seit dem Schuljahr 2013/2014).

SchülerInnen würden von Betrieben abgelehnt, weil sie zu jung seien. Hamburger Schulen machten ihre Praktika alle zur gleichen Zeit. Engpässe seien absehbar.

<http://li.hamburg.de/contentblob/4145790/9bbdd65a80ed02970a1eec5b2f05ea6e/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-lehrer.pdf>

Es gebe keine Autistenklasse (Lerngruppe) mehr an Hamburger Stadtteilschulen, eine solche Klasse gebe es nur noch an einem Gymnasium.

IVK-Klassen mit weniger als vier Kindern würden geschlossen.

Thema: Was läuft gut und was läuft nicht so gut an Stadtteilschulen?

Die Position der GEST zum Papier der Stadtteilschul-Schulleiter klären – Stellungnahme.

Hamburg, 21.10.2016

Vorstand:

Wolfgang Adam, Angelika Degner-Krogh, Nicolai Jung, Uwe Krön, Robert Schneider (Kasse), Sylvia Wehde

kooptiert: Jens Fricke, Klaus-Peter Schiebener,

kooptierte Vorstandsmitglieder ehrenhalber: Jürgen Riekman †, Gert Rauschnig